

Bezugspreis:

Für den Monat August 90.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 108.- M. für das übrige Ausland 112.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Morwirts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dankschiff 292-293 und 2506-2507

Sonnabend, den 19. August 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Anzeigen-Abteilung: Dankschiff 2506-2507

Anzeigenpreis:

Die einpolige Konparativliste kostet 25.- M. Restliche 125.- M. „Kleine Anzeigen“ das festgesetzte Wort 7.- M. (zuletzt zwei festgesetzte Worte). Jedes weitere Wort 6.- M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 4.- M., jedes weitere Wort 3.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 10.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 7 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Frankreichs Schuldenausgleichsplan.

Der französische Forderung für eine Verknüpfung des Reparationsproblems mit der Frage der interalliierten Schulden, der gestern von den „Times“ wieder aufgenommen wurde, ruft heute die französische Presse auf den Plan. Wortführer ist der „Temps“, der bereits vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz die Führung übernommen hatte. Er gibt noch einmal die französischen Vorschläge wieder, die bereits bekannt sind, und bemerkt dazu:

Wenn die englische Regierung diesen Plan gebilligt hätte, wäre er von der Londoner Konferenz besprochen und angenommen worden. Damit wäre die deutsche Auslandsanleihe möglich geworden und Deutschland der Währungs katastrophe entgangen, die jetzt hereingebrochen ist. Aber Lloyd George habe über diesen Plan nicht verhandeln wollen, weil gewisse Persönlichkeiten es vortzogen, mit der englischen Forderung an Frankreich zurückzuführen, um sie zum Werkzeug politischer Herrschaft zu machen. Solange dies der Fall sei, werde die Frage der deutschen Zahlungen unlösbar bleiben. Entgegen gewissen Ratschlägen, die ihr nicht entgegen sein können, habe die Reparationskommission heute vormittag beschlossen, eine Delegation nach Berlin zu schicken. Die französische Regierung werde kein Moratorium zugeben ohne produktive Pfänder, ohne die Verpfändung der Bergwerke und Forsten, von denen Poincaré in London gesprochen habe. Frankreich sei zu einer gerechten, umfassenden Regelung bereit, aber es werde sich nicht in den Ruin und in ein Basaltentum hineinbringen lassen.

In diesen Ausführungen interessiert einerseits der Hinweis auf die politischen Einflüsse, die einer Regelung des Reparationsproblems im Wege stehen, und andererseits die Wiederholung des französischen Schlagworts: „Kein Moratorium ohne produktive Pfänder“ im Zusammenhang mit der Forderung einer internationalen Regelung des Weltschuldensproblems. Ähnlich die anderen Stimmen im Chor. So mahnt der „Petit Parisien“ die Reparationskommission, nicht im voraus die allgemeine Besprechung zu kompromittieren, die für den November vorgesehen sei und die das Problem der Reparationen in Verbindung mit dem der interalliierten Schulden behandeln solle. Diese Besprechung sei nur möglich, wenn innerhalb der Reparationskommission ein einstimmiger Beschluß zustande käme. Der „Matin“ operiert mit denselben Argumenten und ergänzt den „Petit Parisien“ dahin, daß die Novemberkonferenz in Brüssel stattfinden werde. Beide Blätter weisen darauf hin, wie nützlich es für diese Konferenz sein werde, wenn Deutschland in der Frage der Pfänder mit eigenen Anregungen hervortreten werde. Die „Times“ fügen dem hinzu, in Paris trete heute eine viel verständlichere Haltung zutage, aber im Interesse Poincarés müsse der Ansehen vermieden werden, als gebe er nach.

Es ist nicht bekannt, ob der Plan einer allgemeinen Novemberkonferenz in Brüssel bereits die festen Formen angenommen hat, die von der französischen Presse vorausgesetzt werden. Aber selbstverständlich ist es, daß alle interessierten Staaten die Pflicht haben, dieser Konferenz den Weg zu ebnen. Nun wäre es allerdings offenbar das Beste, wenn Deutschland bis zum Zusammentritt dieser Konferenz ein provisorisches Moratorium zu gewähren, das lediglich an die von dem Garantienkomitee geknüpften Bedingungen gebunden ist, und die deutsche Währung nicht durch neue Eingriffe, wie sie die produktiven Pfänder darstellen, weiter zu unterhöhlen. Man darf annehmen, daß auch Bradburys Ansichten sich in dieser Richtung bewegen. In dieser Hinsicht dürfte zwischen dem englischen Mitglied der Reparationskommission und der deutschen Regierung Uebereinstimmung herrschen, wenn man am Montag zu der Ueberprüfung der Lage zusammentritt. Wenn Frankreich, wie aus der Auslassung der „Times“ hervorgeht, aus Prestige gründen trotzdem an der Fiktion der produktiven Pfänder festhalten zu müssen glaubt, so zeigt sich hier das persönliche Mißgeschick der Poincaréschen Taktik, der aus Verärgerung darüber, daß England die Zeit zur Erörterung seiner weitgreifenden Pläne noch nicht für gekommen hielt, summarische Forderungen an die Gewährung eines provisorischen Moratoriums knüpfte, die Deutschland selbst bei der Aufnahme einer auswärtigen Anleihe nur schwer erfüllen könnte.

Immerhin muß zugestanden werden, daß Poincaré durch seine unbedachte Haltung in London in eine schwierige Lage gekommen ist, und daß er morgen vielleicht nicht mehr Ministerpräsident wäre, wenn er den vorliegenden Plan in allen seinen Teilen fallen ließe. Auf der anderen Seite muß allerdings auch bedacht werden, daß Poincarés taktisches Vorgehen die Verhältnisse in Deutschland von Grund auf geändert habe und daß die Mitglieder der Reparationskommission bei ihrer Ankunft in Berlin ganz andere statistische Unterlagen vorfinden werden als die, auf denen das Garantienkomitee seinen Bericht aufbaute. Im eigenen Interesse und im Interesse einer Befundung Europas

muß die deutsche Regierung versuchen, die Gegenseite, die zwischen dem Bunde Frankreichs, eine internationale Regelung der Frage herbeizuführen, und den vollkommen verfehlten Mitteln, mit denen es sich bemüht, den Wunsch in die Tat umzusetzen, auszugleichen. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufgabe überaus großen Schwierigkeiten begegnet.

England zur Marktreise.

London, 19. August. (W.B.) Der neue Sturz der Mark auf 5700 für das Pfund Sterling wird in der englischen Presse lebhaft erörtert. Der City-Redakteur der „Daily News“ sagt, jede weitere Entwertung der Mark mache die Handelslage Deutschlands immer verzweifelter. Das Geschäftsleben scheine sich dem toten Punkt zu nähern. Alle Abmachungen deutscher Geschäftsleute in auswärtiger Währung müßten in Frage gestellt werden, denn mit den besten Absichten der Welt seien die Kaufleute nicht in der Lage, mit derartigen katastrophalen Wertschwankungen fertig zu werden. Je mehr man die Lage unterjuche, um so mehr sei zu befürchten, daß Deutschland als Handelsnation für einige Zeit ausgeschaltet werde, bis Ordnung in die deutschen Finanzen gebracht worden sei.

„Westminster Gazette“ schreibt: Diese plötzlichen Stürze der deutschen Währung, die so oft unter dem Einfluß einer Reparationskrise erfolgen, können nicht auf die Ränge der deutschen Finanz- und Fiskalpolitik zurückgeführt werden. Der neue Zusammenbruch ist wie die früheren auf die Tatsache zurückzuführen, daß Deutschland seine Verpflichtungen an die Alliierten nicht in Waren erfüllen kann und daher gezwungen sei, sie durch Verkauf von Mark an den Börsen zu erfüllen.

Englands Arbeiter und die Krise.

London, 19. August. (W.B.) Auf der gestrigen Sitzung der General Worker Union in Beamington machte der englische Arbeiterführer Benn Tillet den Vorschlag, einen allgemeinen Streik der Arbeiter ganz Europas zu veranstalten, bis die Finanzleute ihre Schwierigkeiten beigelegt hätten und die Währungen stabilisiert seien. Der Friede sei gefährdender als der Krieg selbst.

Der Arbeiterführer Cignes trat dem Vorschlag entgegen, indem er sagte, für dieses Problem könne in den Methoden industrieller Gewalt kein Heilmittel gefunden werden. Nur drei Länder könnten die politische Regelung bis zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaftsbeziehungen der verschiedenen Länder Europas herbeiführen, nämlich Großbritannien, Frankreich und Amerika, und zwar nur, wenn sie zusammen handelten.

Fortsetzung des Weltkrieges.

Stockholm, 17. August. (W.B.) Unter der Ueberschrift „Fortsetzung des Weltkrieges“ schreibt „Ara Dagligt Allehanda“: Die Deutschen haben furchtbares Elend und einen langwierigen Hungerkrieg ausgehalten und arbeiten trotzdem im Schweiß ihres Angesichts für die Erfüllungspolitik; aber je mehr sie verarmen und verelenden, desto rücksichtsloser wird die Politik des gallischen Siegers. Frankreich erstrebt die Auflösung und Vernichtung des deutschen Volkes. Deshalb rüstet es unablässig und fühlt sich bereits stark genug, zwei Weltkriege selbst gegen den Willen des ehemaligen Alliierten unter der zerlegten Maske des Friedens weiterzuführen. Seiner Rheinprovinz beraubt, in Kleinstaatzen zerstückelt, mit einer durch Hunger dezimierten Bevölkerung wird Deutschland endlich ungeschädlich werden. Ein Gegenstück zu dieser Gewaltpolitik hat die Welt seit den Tagen Napoleons nicht gesehen. Lloyd George sieht endlich ein, wohin England durch seine Bereitwilligkeit, den französischen Nachplänen zu dienen, geraten ist. Der Bruch der Entente ist unvermeidlich. Die fortwährende Vernichtung der deutschen Nation und Kultur bedeutet ein Weltunglück mit unübersehbaren Konsequenzen.

Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen.

Das Deutsche Rote Kreuz teilt uns mit: Die auf Grund der „Retorikmaßnahmen“ von der französischen Regierung ausgewiesenen Deutschen aus Elsaß-Lothringen werden bei ihrem Eintreffen in die Flüchtlingsfürsorge des Deutschen Roten Kreuzes aufgenommen. Das Deutsche Rote Kreuz übt die amtliche Fürsorge für die aus Elsaß-Lothringen wie auch für die aus allen übrigen abgetretenen Gebieten des Reichs Vertriebenen im Auftrage des Reichs und unter unmittelbarer Aufsicht der Reichs- und Staatsbehörden aus. Die Abwanderung aus Elsaß-Lothringen, die insgesamt etwa 140 000 bis 150 000 Personen umfaßte, hatte mit dem Ende des Jahres 1921 einen gewissen Abschluß gefunden, und der Fürsorge oblag lediglich noch, die dauernd Erwerbsunfähigen zu unterstützen. Um die neu Eintreffenden in Ausgewiesenen sachgemäß zu betreuen, sie vorübergehend aufnehmen und ihnen Arbeit und Wohnung und damit eine neue Heimat verschaffen zu können, sind alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden.

Das neue Mieterschutzgesetz.

Von Rudolf Wissell.

Ueber den dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Mieterschutzgesetzes (Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter) und seine Bedeutung für die Mieter sind in der Öffentlichkeit vielfach unrichtige Auffassungen verbreitet. Das darf nicht Wunder nehmen, wenn man sieht, daß ja noch nicht einmal das am 1. Juli in Kraft getretene Reichsmietengesetz in seinen Grundzügen dem Durchschnittsmieter klar geworden ist. Nun ist zur Entschuldigung anzuführen, daß es überhaupt schwer ist, sich in der neueren Gesetzgebung, die sich mit der Wohnungsmiete befaßt, zurechtzufinden. Zu vielfach sind die Änderungen, die im Laufe der letzten Jahre erfolgt sind. Aber selbst in den Kreisen der sich berufsmäßig mit diesem Fragenkomplex beschäftigenden Personen wird die Bedeutung des Gesetzentwurfs über Mieterschutz und Mieteinigungsämter verkannt. So muß man hören, daß der Entwurf einen gegenwärtig nicht zu rechtfertigenden Abbau der Wohnungszwangswirtschaft mit sich bringe und daß der dem Mieter nach den geltenden Vorschriften zustehende Schutz gegen sozial ungerechtfertigte Kündigungen des Hauswirts in weitgehendem Maße eingeschränkt werde. Das ist falsch. In folgendem soll gezeigt werden, welche Gedanken dem Entwurf zugrunde liegen und welche Vorteile er für die Mieter, also dem weitestgehenden Teil der Bevölkerung aus allen Schichten und Berufen, mit sich bringt.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann der Vermieter, wenn er die Aufhebung eines Mietverhältnisses wünscht, seinem Mieter unter Einhaltung der gesetzlichen oder vertragsmäßigen Kündigungsfrist — bei wiederholtem Zahlungsverzug und anderen Mietwidrigkeiten sogar zu sofort — das Mietverhältnis kündigen. Dieses Kündigungsrecht ist durch die geltenden Mieterschutzvorschriften keineswegs beseitigt; es ist lediglich dahin eingeschränkt, daß der Vermieter zur Kündigung — in gewissen sog. Notstandsbezirken auch zur späteren Erhebung der Räumungsforderung der Genehmigung des Mieteinigungsamtes bedarf. Letzteres ist bei seinen Entscheidungen an keine bestimmten Regeln gebunden, sondern entscheidet „nach billigem Ermessen“ und zwar endgültig, d. h. ohne daß die Beteiligten die Möglichkeit hätten, gegen den Spruch die Entscheidung einer höheren Stelle anzurufen.

Aus dieser Regelung haben sich erhebliche Unzulänglichkeiten ergeben. Gewiß kann die Frage, ob ein Mietvertrag gelöst werden darf, in der jetzigen Zeit schwerster Wohnungsnot nur aus sozialen Billigkeitsgründen heraus entschieden werden. Immerhin muß, wenn willkürliche und Zufallsprüche vermieden werden sollen, der entscheidenden Stelle wenigstens grundleitend an die Hand gegeben werden, nach welcher Richtung und in welchem Rahmen sie ihr Ermessen ausüben soll (Begründung zum Entwurf S. 15).

Der Mangel solcher Richtlinien hat dazu geführt, daß die Mieteinigungsämter nicht selten einer Kündigung zugestimmt haben, ohne daß hierzu ein wirklich zwingender Grund vorhanden gewesen wäre. Insbesondere sind vielfach Kündigungen genehmigt worden, weil der Hauswirt „sich vergrößern“, Bekannte in die Wohnung hineinnehmen wollte und dergleichen, ohne daß dabei auch den Verhältnissen des Mieters genügend Rechnung getragen ist. Allerdings braucht der Mieter in solchen Fällen regelmäßig erst zu räumen, wenn ihm eine Ersatzwohnung zur Verfügung gestellt ist; immerhin muß er seine für die Ausübung seines Berufs vorteilhaft gelegene oder ihm lieb gewordene Wohnstätte ohne wirklich zwingenden Grund aufgeben und zudem meist noch die häufig nicht geringen Umzugskosten aufwenden. Der Entwurf geht daher — und das ist der erste große Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht — dazu über, an die Stelle der Entscheidung „nach billigem Ermessen“ einige wenige, fest umschriebene Gründe zu setzen, aus denen allein das Mietverhältnis vom Vermieter soll aufgehoben werden dürfen.

Künftig soll dies nur möglich sein bei erheblicher Beeinträchtigung des Vermieters, unangemessenem Gebrauch der Mieträume, wiederholtem erheblichem Zahlungsverzug oder wenn der Vermieter ein besonders starkes Interesse an der Wiedererlangung der Mieträume nachweist, das das Interesse des Mieters an der Befassung der Räume in erheblichem Maße überwiegt. Es sind also nur wenige, eng umrissene Voraussetzungen, unter denen eine Beendigung des Mietverhältnisses allein in Frage kommen kann. Die darin für den Mieter enthaltenen Vorteile liegen klar auf der Hand.

Aber weiter. Während der Vermieter bisher nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches kündigen konnte und hierzu nur der Genehmigung des Mieteinigungsamtes bedurfte, läßt der Entwurf das Kündigungsrecht des Hauswirts überhaupt wegfallen. Will der Hauswirt den Mieter aus der Wohnung herausbekommen, so muß er auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen; diese Klage kann nur auf einen der oben erwähnten Gründe gestützt werden. Es braucht wohl kaum näher ausgeführt zu werden, daß diese Regelung für





Gewerkschaftsbewegung

Internationale des Post- und Telegraphenpersonals.

Es ist der zweite Kongress, der gegenwärtig im Reichstag abgehalten wird und gestern vormittag eröffnet wurde. Fast alle europäischen Staaten haben Delegierte entsandt.

Wirtschaft

Die Eisen- und Stahlproduktion der Welt.

In den Industriezweigen, welche als erste in die Wirtschaftskrise hineingerissen wurden und am schwersten darunter litten, ist ein sehr bemerkenswerter Aufschwung in verschiedenen Ländern zu verzeichnen.

Die Warenhausangestellten gegen den Schiedsspruch.

Die Angestellten der Berliner Waren- und Kaufhäuser, die im Zentralverband der Angestellten, Gruppe Einzelhandel, organisiert sind, nahmen am Freitagabend in überfüllter Versammlung im „Deutschen Hof“ zu dem Schiedsspruch Stellung.

Schilderstreik.

Seit 5. August befindet sich die Mehrzahl der Berliner Schilderstreiker wegen Lohnforderungen im Streik. Die Unternehmer lassen sich nicht einmal zu Unterhandlungen herbei.

Eine Karl-Legien-Straße.

Die Hohenzollernstraße in Brandenburg a. d. H. hat durch Verordnung der Polizeiverwaltung den Namen Karl-Legien-Straße erhalten.

Zum Landarbeiterstreik in Oberbarnim.

Der Streik der Landarbeiter in Oberbarnim hat durch die Stilllegung der Erntearbeiten einen Verlust von mindestens 40.000 Zentnern Getreide im Gefolge.

In amerikanischen Eisenbahnerstreik.

Im amerikanischen Eisenbahnerstreik wurde gestern zwischen den Vertretern der Eisenbahngesellschaften und den Eisenbahnarbeitern verhandelt.

Buchdruckerstreik und Arbeiterpresse.

Zus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Die Vertriebsleitung der streikenden Buchdrucker wollen zum endgültig noch beinahe vierzehntägiger Dauer des Streiks dazu Stellung nehmen.

Schweden in der Eisen- und Stahlproduktion.

Die Produktion der schwedischen Eisen- und Stahlindustrie hat sich im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr wesentlich gehoben: von 1,3 auf 2,2 Millionen Tonnen.

Alhambra-Park am Moritzplatz. Celly de Rheinfeld. 15 Varietë-SENSATIONEN.

Metzner Kinderwagen-Werke. Metall-Einstellvorhänge, Kinderwagen, Kindersesseln, Kleinfahrzeuge, Alts Kinder-Fahrzeuge etc.

Thüringische Handelsschule, Jümenau. Theorie und praktische Ausbildung zu höchsten Kaufmann, Beamten, zu durchaus selbstständigen und unabhängigen Buchhalter, Fremdsprachencorrespondent, Organisations, Geschäftsführer u. dergl.

Platin-, Gold- und Silberbruch. Zahnzähne, Uhren, Ketten, Klänge sowie sämtl. Altmetalle kaufen in Hingrospreisen.

Perser-Teppiche Klaviere, Flögel. höchst elegant, sehr billig, sehr haltbar. 5. Berl. 10/11.

Meine Herren! Einen wirklich guten Anzug. Mantel oder Gilet kaufen Sie in weit reichhaltigen Preisen.

Suche zur Selbstverwertung Edelsteine und Edelmetalle zu höchsten Preisen.

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Verzeichnis der Ausgabestellen und Inseraten-Annahmestellen für die Zeitung „Vorwärts“. Liste umschließt Adressen in Berlin, Potsdam, Königsberg, Danzig, Breslau, etc.